



Bundesministerium  
der Finanzen

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

**Einwurf-Einschreiben**

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

REFERAT/PROJEKT V B 5

TEL +49 (0) 30 18 682-0

FAX +49 (0) 30 18 682-2506

E-MAIL vb5@bmf.bund.de

DATUM 30. April 2021

BETREFF **Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG);**

**Beschluss des IT-Rates zur Erweiterung der Bundescloud durch Microsoft**

BEZUG Ihre E-Mail vom 18. April 2021

ANLAGEN 1 (Hinweise Datenschutz IFG)

GZ **V B 5 - O 1319/21/10148**

DOK **2021/0446774**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr

mit Ihrer E-Mail vom 18. April 2021 wenden Sie sich an das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und bitten unter Bezugnahme auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) um Übersendung nachfolgender amtlicher Informationen:

*„Den Beschluss des IT-Rates, der im Heise Artikel „Microsoft soll die Bundescloud erweitern helfen“ [1] erwähnt wird und der die mögliche Erweiterung der Bundescloud durch Microsoft behandelt.*

*[1] <https://www.heise.de/news/Microsoft-soll-die-Bundescloud-erweitern-helfen-6012818.html>“.*

Über Ihren Antrag entscheide ich nach § 1 Absatz 1 Satz 1 IFG wie folgt:



I. Ihren Antrag lehne ich ab.

II. Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.

Begründung:

Zu I.

§ 1 Absatz 1 Satz 1 IFG gewährt gegenüber Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen (§ 2 Nummer 1 IFG). Nach § 1 Absatz 2 IFG kann die Behörde Auskunft erteilen, Akteneinsicht gewähren oder Informationen in sonstiger Weise zur Verfügung stellen. Der Anspruch auf Informationszugang besteht jedoch nur für die bei der jeweiligen Behörde vorliegenden Informationen bzw. Akten. Einen Anspruch auf Informationsbeschaffung vermittelt das IFG nicht. Das IFG begründet auch keinen Anspruch auf sonstige Auskunftserteilung, etwa auf Beantwortung von Sach- oder Fachfragen oder Fragen, welche auf eine Bewertung der vorhandenen amtlichen Information abzielen.

Der von Ihnen begehrte Beschluss des IT-Rates ist im Bundesministerium der Finanzen vorhanden. Die Planung und Entscheidung zur IT-Infrastruktur des Bundes betrifft regelmäßig auch das vertragliche und wirtschaftliche Verhältnis zu - potentiellen - privaten IT-Anbietern und ggf. erforderlichen Beschaffungen und damit erhebliche Investitionen. Die Informationen, zu denen Sie Zugang begehren, betreffen Fragen nach der technischen und verwaltungsmäßigen Zweckmäßigkeit und Ausgestaltung der Einführung einer Cloud-Infrastruktur für die Bundesverwaltung. Dies umfasst auch konkrete technische und sicherheitsrelevante Anforderungen an eine solche Infrastruktur sowie das konkrete Vorgehen des Bundes zur Klärung dieser Fragen und ggf. die Umsetzung nach deren Entscheidung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch nicht abschließend geklärt, ob und ggfls. in welcher Ausgestaltung eine Cloud-Lösung von Microsoft zum Einsatz kommen wird. Die behördliche Entscheidungsfindung über diese Frage ist gegenwärtig daher noch nicht abgeschlossen.

Aus nachfolgenden Gründen kann Ihnen daher gegenwärtig kein Zugang zu diesem Beschluss gewährt werden:

**§ 3 Nummer 3 b) IFG - Behördliche Beratungen**

Die Verhandlungen und Beratungen zu einem möglichen Vertragsabschluss für eine Microsoft Cloud-Lösung sind gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Laufende Abstimmungen finden sowohl innerbehördlich als auch mit anderen Ressorts statt.



Der Informationsanspruch zu diesen Daten ist daher gem. § 3 Nummer 3 b) IFG ausgeschlossen. Danach besteht kein Anspruch auf Informationszugang, wenn und solange die notwendige Vertraulichkeit der Beratungen von Behörden beeinträchtigt wird. Die beantragte amtliche Information steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den o. g. laufenden vertraulichen Beratungen. Durch die Preisgabe der begehrten Information würde die notwendige Vertraulichkeit der laufenden Beratungen beeinträchtigt werden. Zudem würde die Verhandlungsposition des Bundes in den Verhandlungen erheblich geschwächt werden, wenn die Verhandlungslinie und mögliche nicht bekannte Modalitäten während der laufenden Verhandlungen veröffentlicht werden würden. Dies könnte den möglichen Vertragsabschluss gefährden oder sich nachteilig auf die wirtschaftlichen Interessen des Bundes auswirken, da der Vertragspartner in Kenntnis dieser Umstände z.B. sein Preismodell neu ausrichten könnte.

Der Ausschlussgrund des § 3 Nummer 3 b) IFG zielt nach der Gesetzesbegründung auf die innerbehördliche Vertraulichkeit auch im rein innerstaatlichen Rahmen ab; es geht um den Schutz der Vertraulichkeit von Verhandlungen und Beratungen. Die Vertraulichkeit der Beratung ist aus den oben ausgeführten Gründen notwendig. Zweck dieses Ausschlussstatbestandes ist es, einen unbefangenen und freien Meinungsaustausch zu gewährleisten. Dabei sollen nach der Gesetzesbegründung Beratungen von Behörden bei zwischen- und innerbehördlichen Vorgängen, bei Beratungen zwischen Exekutive und Legislative und zwischen Behörden und sonstigen Einrichtungen erfasst werden. Die aktuell hierzu stattfindenden innerbehördlichen und zwischenbehördlichen Beratungen sind daher vom Schutzzweck des § 3 Nummer 3 b) IFG umfasst.

§ 3 Nummer 3 IFG stellt ausdrücklich klar, dass der Schutz zeitlich beschränkt sein kann („wenn und solange“). Sind die Verhandlungen oder Beratungen insgesamt abgeschlossen, kann auch der Schutz von § 3 Nummer 3 IFG enden. Je nach Fallkonstellation kann es allerdings notwendig sein, Informationen auch noch zu einem späteren Zeitpunkt zu schützen. Dies gilt insbesondere dann, wenn - aufgrund der Einsichtsmöglichkeit in Unterlagen vertraulicher Beratungen - zukünftige Beratungen dadurch belastet würden, dass ihnen die Atmosphäre der Offenheit und Unbefangenheit fehlt.

Im vorliegenden Fall wäre die Wahrscheinlichkeit einer Beeinträchtigung hoch. Das ergibt sich aus der besonderen Bedeutung der zugewiesenen Aufgabe. Es ist daher zwingend, dass die Beschäftigten in einem möglichst umfassend geschützten Raum unabhängig und unbefangen beraten und diskutieren können. Angesichts der oben näher beschriebenen Bedeutung der anstehenden Maßnahmen besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, dass die Beratungen auf einer analytisch-sachlichen Ebene verbleiben und nicht in die interessenorientierte öffentliche Diskussion mit der Folge gelangen, dass möglicherweise Handlungsoptionen nicht (mehr) hinreichend gewürdigt werden. Für eine sachgerechte Arbeit ist jedoch eine Gesprächssituation erforderlich, die es den Mitgliedern ermöglicht, sich ohne Druck von außen allein an



Sachfragen zu orientieren. Sie müssen in der Lage sein, offen und spontan diskutieren zu können, ohne Gefahr zu laufen, dass ihre Äußerungen ständiger Beobachtung, Kritik und Beeinflussung von außen ausgesetzt sind. Entscheidend ist also nicht, dass den Beratungsteilnehmern die Inhalte des von Ihnen begehrten Dokuments bekannt sind, sondern dass Außenstehenden die Inhalte gerade nicht bekannt sind. Aus diesem Grund wurde auch Vertraulichkeit für den Beschluss vereinbart.

Wie dargestellt besteht die Gefahr, dass ohne den Schutz der Vertraulichkeit Beschäftigte bei zukünftigen Beratungen - ihrer Auffassung nach fachlich gebotene - Meinungsäußerungen unterlassen, weil sie z. B. fürchten, dass ihre Stellungnahmen in der Öffentlichkeit lediglich als Ausdruck mangelnder Unabhängigkeit gedeutet werden könnten. Es droht aber auch - umgekehrt -, dass bestimmte Einschätzungen erfolgen, allein um den vermeintlichen Erwartungen von außen gerecht zu werden.

Dieser Vertraulichkeitsschutz gilt nicht nur für einen beschränkten Zeitraum - etwa die letzte Besprechung, sondern über die Entscheidungsfindung als solche hinaus; denn zur Sicherstellung einer effektiven Sacharbeit muss kontinuierlich eine Atmosphäre der Offenheit und Unbefangenheit gewährleistet sein.

Im Ergebnis wird durch diesen Informationsausschluss auch der Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung geschützt, welcher - auch im Anwendungsbereich des IFG - als unausforschbarer Handlungsbereich der Exekutive bei ressortinternen und ressortübergreifenden Tätigkeiten anerkannt ist. Nach mittlerweile ständiger Rechtsprechung des BVerfG [BverfGE 67, 100 (139); BverfGE 110, 199 (214 ff.); BverfGE 124, 78 (120 ff.); jüngst BverfGE 131, 152 (206); s. auch BverwGE 141, 122 Rn. 31; NVwZ 2012, 251; zusammenfassend Schnabel/Freund DÖV 2012, 192 (193 f.)] schließt der exekutive Kernbereich einen selbst von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen grundsätzlich nicht ausforschbaren Initiativ-, Beratungs- und Handlungsbereich der Regierung ein. Die Herausgabe der von Ihnen begehrten amtlichen Informationen könnte - wie oben dargestellt - die Arbeitsfähigkeit und Verhandlungsfähigkeit des BMF massiv beeinträchtigen. Dadurch würde zugleich die exekutive Eigenverantwortung der Behörde zumindest mittelbar beeinträchtigt werden, weil sich die Entscheidungen der Behörde, nicht mehr - wie geplant - umsetzen lassen könnte.

#### **§ 4 IFG - Schutz der behördlichen Entscheidung**

Darüber hinaus ist der von Ihnen begehrte Beschluss des IT-Rates aber gegenwärtig auch nach § 4 IFG vom Informationszugang ausgenommen. Gemäß § 4 IFG soll der Antrag auf Informationszugang abgelehnt werden für Entwürfe zu Entscheidungen sowie Arbeiten und Beschlüsse zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung, soweit und solange durch die vorzeitige Bekanntgabe der



Informationen der Erfolg der Entscheidung oder bevorstehender behördlicher Maßnahmen veröffentlicht würde.

Zweck des Schutzes dieser Maßnahmen ist also der Schutz der Vertraulichkeit des behördlichen Entscheidungsprozesses. Das von Ihnen begehrte Dokument ist ein behördeninterner Zwischenschritt, der Grundlage weiterer behördlicher Entscheidungen und Maßnahmen ist, welche sich gegenwärtig noch in der Abstimmung befinden. Durch den Beschluss wird das BMF ermächtigt, Vertragsverhandlungen aufzunehmen, Außerdem setzt der Beschluss den internen Rahmen für die Verhandlungen. Die behördliche Entscheidung sich der externen Unterstützung eines Dienstleisters zu bedienen und die konkrete Ausgestaltung etwaiger Verträge, soll durch § 4 IFG geschützt werden. Zweck des von Ihnen begehrten Dokuments ist die unmittelbare Vorbereitung weiterer behördlicher Maßnahmen.

Die Herausgabe dieses Beschlusses zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde den Erfolg der behördlichen Entscheidungen konkret gefährden, da, wie bereits dargestellt, sowohl der Vertragsschluss als solches als auch die Vertragsmodalitäten durch eine Veröffentlichung des Beschlusses gefährdet wären. Insoweit wäre bereits eine zeitliche Verzögerung der behördlichen Entscheidung ausreichend, um den Informationsausschluss nach § 4 IFG zu begründen.

### **§ 3 Nummer 6 IFG - Fiskalische Interessen des Bundes**

Neben den beiden Ausschlussgründen nach § 3 Nummer 3 b) sowie § 4 IFG würde sich eine Offenlegung des Beschlusses auch nachteilig auf die Gestaltung ggf. zu schließender Verträge auswirken und damit die Verhandlungsposition des Bundes und somit auch seine fiskalischen Interessen erheblich beeinträchtigen: § 3 Nummern 6 IFG schützt jedoch auch vor „der Ausforschung durch Anbieter bei Beschaffungsmaßnahmen“ (BT-Drs. 15/5606, S. 5; Gersdorf/Paal, in: Beck-online, IFG, § 3 Rn. 175).

Aus diesen Gründen ist die Herausgabe des von Ihnen begehrten Beschlusses gegenwärtig nicht möglich. Ihr IFG-Antrag wird daher abgelehnt.

### Zu II.

Der Bescheid ergeht als einfache Auskunft gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 IFG gebührenfrei.



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin, Widerspruch erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[REDACTED]  
Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist nur im Entwurf gezeichnet.